

Parmelin und von der Leyen unterzeichnen EU-Abkommen



- Bundespräsident Guy Parmelin und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben am Montag in Brüssel das Vertragspaket zwischen der Schweiz und der EU unterzeichnet.
- Die neuen Abkommen sollen die Beziehungen zwischen Bern und Brüssel stabilisieren und erweitern.
- Die Vereinbarungen sollen eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Strommarkt sowie bei der Lebensmittelsicherheit und im Gesundheitsbereich ermöglichen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte bei der Unterzeichnung der Abkommen: «Heute ist ein wichtiger Tag für die Europäische Union und die Schweiz. Denn die EU und die Schweiz mögen geografisch Nachbarn sein – partnerschaftlich sind wir es aus Überzeugung.»

Der Schweizer Bundespräsident Guy Parmelin erklärte, nach Auffassung des Schweizer Bundesrats sei das Abkommen ausgewogen und für beide Seiten vorteilhaft. Es werde als Motor für Wohlstand, Arbeitsplätze und Stabilität gesehen und es komme den Bürgern, der Wirtschaft und Gesellschaft zugute.

Das Abkommen hat auch zum Ziel, Schweizer Unternehmen in klar festgelegten Bereichen eine ungehinderte Beteiligung am EU-Binnenmarkt zu garantieren. Im Gegenzug verpflichtet sich die Schweiz, EU-Recht zu übernehmen und Zahlungen zur Unterstützung strukturschwacher EU-Regionen zu leisten. Letztere sollen sich ab 2030 auf jährlich 350 Millionen Franken belaufen. Bisher sind es etwa 130 Millionen Franken im Jahr.

Jahrelanges Ringen um neues Abkommen

Der Unterzeichnung der Abkommen war ein langes Drama vorausgegangen. So hatten die Schweizer 2021 ein über zehn Jahre mühsam ausgehandeltes Kooperationspaket abrupt platzen lassen. Die Begründung war damals: Es habe keine Chance, bei einer Volksabstimmung angenommen zu werden.

Auch das neue Paket muss in der Schweiz aller Voraussicht nach noch die Hürde einer Volksabstimmung nehmen, weil Gegner es als «EU-Unterwerfungsvertrag» sehen.

Sollte das Referendum zu einem Aus für die Absprachen führen, würden bestehende bilaterale Abkommen gültig bleiben, aber an Bedeutung und Wirksamkeit verlieren, da sie nicht mehr aktualisiert würden. Dies würde nach Angaben der Befürworter der Abkommen zu Rechts- und Planungsunsicherheiten führen, speziell für Schweizer Unternehmen, die in die EU exportieren. Viele Abkommen sind wegen Gesetzesänderungen in der EU nicht mehr zeitgemäss.



Die Schweiz ist nach den USA, China und Grossbritannien der viertwichtigste Handelspartner der EU. Umgekehrt ist die EU, und da allen voran Deutschland, der wichtigste Handelspartner der Schweiz. KEYSTONE/Gaetan Bally

Der Bundesrat sagt, das neue Abkommen sei deutlich besser als das von 2021. Unter anderem habe die Schweiz mehr Spielraum bei der Übernahme von neuen EU-Rechtsvorschriften herausgehandelt. Ebenso könne sie unter bestimmten Voraussetzungen die Zuwanderung begrenzen.

EU: Abkommen schafft Rechtssicherheit

Von der EU hiess es am Montag, das Paket werde einen reibungslosen Zugang zu einem Markt mit 460 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern schaffen – mit wirtschaftlichen Vorteilen für beide Seiten. Durch die Angleichung von Standards und Regeln in eng verflochtenen Bereichen werde es Rechtssicherheit schaffen und den Handel mit Waren wie Medizinprodukten und Lebensmitteln vereinfachen. Zudem solle es auch klarere Regeln für Grenzpendler schaffen.

Studiengebühren

Die Schweiz werde zudem EU-Studierende und Schweizer Studierende bei Studiengebühren sowie allen sonstigen mit dem Studium verbundenen Gebühren oder Abgaben an der weit überwiegenden Mehrheit der öffentlichen Universitäten gleich behandeln. Das derzeitige Zugangsniveau von EU-Studierenden zu diesen Universitäten bleibe dabei erhalten.

Über die Vereinbarungen aktualisieren beide Seiten zudem die Bestimmungen zur Streitbeilegung im Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, um sie an die neuesten Freihandelsabkommen anzupassen.